

Dringlicher Antrag

der BSW-Fraktion

Diplomatie statt Krieg: Waffenlieferungen an Israel und die USA stoppen!

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest:
 1. Die militärische Aggression Israel und USA gegen militärische und zivile Ziele des Iran ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Der Vorwand für den Angriffskrieg, ein iranisches Atombombenprogramm bombardieren zu wollen, ist eine Kriegslüge. Noch im März 2025 hatten die US-Geheimdienste ausgeschlossen, dass der Iran im Besitz von Atomwaffen sei oder ein Atomwaffenprogramm betreibe. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran gefährdet den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und birgt das Risiko einer weltweiten Eskalation.
 2. Die Bundesregierung hat trotz der völkerrechtlichen Verstöße der israelischen Regierung im Gaza Konflikt und dem Angriffskrieg gegen den Iran keinen Stopp für Waffenlieferungen oder militärische Kooperationen mit dem Staat Israel erklärt. Die enge militärische Kooperation mit den USA im Rahmen des Militärpakts NATO wird unverändert fortgesetzt.
- II. Die Staatsregierung wird aufgefordert:
 1. Alle ihr gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um auf die Bundesregierung einzuwirken, sich für eine Verstetigung der vereinbarten Waffenruhe einzusetzen und auf die Konfliktparteien für die Beendigung der Kampfhandlungen zwischen Israel, den USA und dem Iran einzuwirken.
 2. Alle ihr gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen, dass die Bundesrepublik Deutschland einen sofortigen Stopp der deutschen Waffenlieferungen an Israel

erklärt, umsetzt und militärische Kooperationen zwischen Deutschland und Israel, wie auch den USA aussetzt.

Begründung:

Die militärische Aggression der Regierungen und Streitkräfte Israels und der USA gegen militärische und zivile Ziele des Iran erfolgt mit der Kriegslüge gegen ein iranisches Atombombenprogramm vorgehen zu wollen und stellt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg dar. Damit haben die Regierungen Netanjahu und Trump die desaströse und unmenschliche Lage in Gaza aus dem Fokus der Öffentlichkeit gezogen und einen weiteren Krisenherd in der Region geschaffen.

Es gibt keine Hinweise auf konkrete Pläne des Iran für einen atomwaffengestützten Angriff auf Israel. Es gibt keine Erkenntnisse darüber, dass der Iran ein Atomwaffenprogramm verfolgen würde.¹ Die Inspektionen der IAEO haben vielmehr gezeigt, wie effektiv die Kontrolle der iranischen Atomanreicherung war und ist – eine Atomanreicherung, die dem Iran laut Atomwaffensperrvertrag wie anderen Staaten völkerrechtlich zur zivilen Nutzung zusteht. Die Internationale Atomenergiebehörde warnt dagegen vor Angriffen auf iranische Atomanlagen und sieht zur Konfliktlösung ausschließlich Dialog und Diplomatie als Lösungsansätze vor.²

Dem stehen israelische und US-amerikanische Militärschläge unter Billigung möglicher radioaktiver Langzeitfolgen auf diverse iranische Atomanlagen gegenüber. Zahlreiche iranische Wissenschaftler, Militärs und Zivilisten wurden bei Militärschlägen, teilweise in zivilen Wohngebieten, getötet. Die Mehrzahl der 32 iranischen Provinzen wurde bereits Ziel von Angriffen. Der Iran reagiert mit Raketenangriffen, die zunehmend schwerer von den israelischen Abwehr-Anlagen abgefangen werden können.

Die deutsche Bundesregierung reagierte auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg im Rahmen des anstehenden G7-Gipfels mit Unterstützung für das Handeln der israelischen Regierung (Bundeskanzler Merz: „Drecksarbeit“)³. Es ist sicherheitspolitisch als auch humanitär dringend geboten, den Konflikt zurück auf eine ausschließlich diplomatische Ebene zu bringen.

¹ Vgl. Al Jazeera. (2025). *IAEA chief: No evidence Iran is building a nuclear weapon*. [online]. Verfügbar unter: <https://www.aljazeera.com/video/talk-to-al-jazeera/2025/6/19/iaea-chief-no-evidence-iran-is-building-a-nuclear-weapon> [Zugriff am 19. Juni 2025].

² IAEA. (2025). *Statement on the situation in Iran*. [online]. Verfügbar unter: <https://www.iaea.org/newscenter/statements/statement-on-the-situation-in-iran-13-june-2025> [Zugriff am 19. Juni 2025].

³ Vgl. Tagesschau. (2025). *Bewertung des israelischen Angriffs. Scharfe Kritik an Merz*. [online]. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-drecksarbeit-debatte-100.html> [Zugriff am 19. Juni 2025].

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, dass auch der Sächsische Landtag klar Position bezieht und die Staatsregierung auffordert, sich auf allen ihr zur Verfügung stehenden politischen Ebenen für ein sofortiges Ende deutscher Rüstungsexporte nach Israel und für eine Pausierung der deutsch-israelischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich einzusetzen.

Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte wiegt die politische Duldung oder gar Unterstützung von Völkerrechtsbrüchen besonders schwer und sie widerspricht jeder glaubwürdigen Erinnerungspolitik.

Die Einhaltung des Völkerrechts und die Verteidigung elementarer Menschenrechte dürfen nicht der politischen Opportunität geopfert werden. Sie sind der Maßstab verantwortungsvoller Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgrund des Friedensgebotes in der Sächsischen Verfassung und den Kooperationen des Freistaates Sachsen mit dem Staat Israel steht auch die sächsische Landespolitik hier in besonderer Verantwortung.

Es wird beantragt, den Antrag für dringlich zu erklären.

Dresden, den 24. Juni 2025



Unterschieden von
LUTZ RICHTER
am 24.06.2025

Sabine Zimmermann, MdL
und BSW-Fraktion
i.V. Lutz Richter, MdL
und BSW-Fraktion